

**TOP 4: Tagesordnung der 1019. Sitzung des Bundesrates
am 8. April 2022**

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird im Anschluss an die Plenarsitzung auf der Transparenzplattform veröffentlicht, siehe nachfolgende Seiten im pdf-Dokument.



Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 1019. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 8. April 2022¹:

Zustimmung zu den Empfehlungen und Vorschlägen in Umdruck 3/2022 (gemeinsame Abstimmung nach § 29 Absatz 2 GO, sog. „Grüne Liste“).

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten:

1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 (**Haushaltsgesetz 2022**)

gemäß Artikel 110 Absatz 3 GG
Drucksache 115/22
Drucksache 115/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 115/1/22.

2. Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Einführung von **Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen** sowie zur Änderung von § 246 des Baugesetzbuchs

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 132/22
Drucksache 132/1/22

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.
Keine Zustimmung zur Entschließung gemäß Buchstabe B der Empfehlungsdrucksache 132/1/22.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

3. Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses aufgrund stark gestiegener Energiekosten (**Heizkostenzuschussgesetz** - HeizkZuschG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 128/22
Drucksache 128/1/22

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.
Keine Zustimmung zur Entschließung gemäß Buchstabe B der Empfehlungsdrucksache 128/1/22.

4. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - **Verbesserung des strafrechtlichen Opferschutzes** in Fällen der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Saarland
Drucksache 103/22
Drucksache 103/1/22

Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 103/1/22.
Zustimmung zur Beauftragten-Bestellung gemäß Ziffer 2.

5. Entwurf eines ... Gesetzes zur **Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 135/22

Ausschusszuweisung.

6. Entschließung des Bundesrates: **Prüfung eines Wahlrechts** statt des Ausschlusses des Anspruchs **auf Krankengeld** bei Bezug einer Vollrente wegen Alters und vergleichbarer Lohnersatzleistungen

Antrag des Landes Schleswig-Holstein
Drucksache 104/22

Fassen der Entschließung.

7. Entschließung des Bundesrates für ein entschiedenes Vorgehen gegen **rechtswidrige Inhalte in sozialen Netzwerken** und multifunktionalen Messengerdiensten

Antrag des Freistaates Sachsen
Drucksache 101/22
Drucksache 101/1/22

Keine Zustimmung zur Maßgabe in Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 101/1/22.
Zustimmung zum unveränderten Fassen gemäß Ziffer 2.
Zustimmung in der Schlussabstimmung.

8. Entschließung des Bundesrates zur Änderung der Vorschriften zu den **Vorkaufsrechten im Baugesetzbuch** zum Schutz der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung

Antrag der Länder Berlin, Hamburg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 133/22

Keine Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zum Fassen der Entschließung.
Keine Zustimmung zu den Plenaranträgen in den Drucksachen 133/1/22 und 133/2/22 und zur Schlussabstimmung.

9. a) Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a)**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 123/22

Zustimmung zu keine Einwendungen.

9. b) Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines "Sondervermögens Bundeswehr" (**Bundeswehrsondervermögensgesetz - BwSVermG**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 124/22
Drucksache 124/1/22

Keine Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 124/1/22.
Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 2.

10. Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des **Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn** und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 82/22
Drucksache 82/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 82/1/22.

11. Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines Sofortzuschlages für Kinder und einer Einmalzahlung an erwachsene Leistungsberechtigte der sozialen Mindestsicherungssysteme aus Anlass der COVID-19-Pandemie (**Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 125/22
Drucksache 125/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 125/1/22.

12. Entwurf eines Elften Gesetzes zur **Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 126/22

Zustimmung zu keinen Einwendungen.
Keine Zustimmung zum Plenarantag in Drucksache 126/1/22.

13. Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (**Viertes Corona-Steuerhilfegesetz**)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 83/22
Drucksache 83/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdruckache 83/1/22 ohne die Ziffern 3, 4, 7, 8, 11 bis 13.

14. Entwurf eines **Steuerentlastungsgesetzes 2022**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 127/22
Drucksache 127/1/22

Keine Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Ziffer 1 - 3 der Empfehlungsdrucksache 127/1/22.

Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 4.

Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 127/2/22.

15. Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der EU-Verordnungen über grenzüberschreitende Zustellungen und grenzüberschreitende Beweisaufnahmen in Zivil- oder Handels-sachen, zur **Änderung der Zivilrechtshilfe, des Vormundschafts- und Betreuungs-rechts** sowie sonstiger Vorschriften

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 84/22
Drucksache 84/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 84/1/22.

16. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den **Schutz** der Union und ihrer Mitgliedstaaten **vor wirtschaftlichem Zwang durch Dritt-länder**
COM(2021) 775 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 25/22
Drucksache 25/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 25/1/22 ohne die Ziffern 3, 5, 7.

17. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die **Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden** (Neufassung)
COM(2021) 802 final; Ratsdok. 15088/21

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 40/22
zu Drucksache 40/22
Drucksache 40/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 40/1/22 ohne die Ziffern 7, 40, 41.

18. a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur **Einrichtung eines zentralen europäischen Zugangsportals** für den zentralisierten Zugriff auf öffentlich verfügbare, für Finanzdienstleistungen, Kapitalmärkte und Nachhaltigkeit relevante Informationen

COM(2021) 723 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 45/22
zu Drucksache 45/22
Drucksache 45/1/22

in Verbindung mit

18. b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung bestimmter Verordnungen in Bezug auf die **Einrichtung und die Funktionsweise des zentralen europäischen Zugangsportals**

COM(2021) 725 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 42/22
zu Drucksache 42/22
Drucksache 45/1/22

in Verbindung mit

18. c) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung bestimmter Richtlinien in Bezug auf die **Einrichtung und die Funktionsweise des zentralen europäischen Zugangsportals**

COM(2021) 724 final; Ratsdok. 14377/21

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 47/22
zu Drucksache 47/22
Drucksache 45/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 45/1/22.

19. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den **strafrechtlichen Schutz der Umwelt** und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG

COM(2021) 851 final; Ratsdok. 14459/21

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 27/22
zu Drucksache 27/22
Drucksache 27/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 27/1/22 ohne die Ziffern 5, 6.

20. a) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der **Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts** bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (Neufassung)
COM(2021) 733 final; Ratsdok. 14379/21

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 19/22
zu Drucksache 19/22
Drucksache 19/1/22

in Verbindung mit

20. b) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einzelheiten der **Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts** bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (Neufassung)
COM(2021) 732 final; Ratsdok. 14376/21

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 20/22
zu Drucksache 20/22
Drucksache 19/1/22

Zustimmung zu den Ziffern 1 f, 2 d, 3 e, 4 d und 5 der Empfehlungsdrucksache 19/1/22.
Keine Zustimmung zu den übrigen Ziffern.

21. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den **automatisierten Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit** ("Prüm II") und zur Änderung der Beschlüsse 2008/615/JI und 2008/616/JI des Rates sowie der Verordnungen (EU) 2018/1726, 2019/817 und 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates
COM(2021) 784 final; Ratsdok. 14204/21

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 34/22
zu Drucksache 34/22
Drucksache 34/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 34/1/22 ohne die Ziffer 8.

24. a) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine **europäische Hochschulstrategie**
COM(2022) 16 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 26/22
Drucksache 26/1/22

in Verbindung mit

24. b) Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Erleichterung einer wirksamen **europäischen Hochschulzusammenarbeit**
COM(2022) 17 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 49/22
Drucksache 26/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 26/1/22.

25. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Sicherstellung eines **gerechten Übergangs zur Klimaneutralität**
COM(2021) 801 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 23/22
Drucksache 23/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 23/1/22.

27. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Gewährleistung einer globalen **Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen** in der Union
COM(2021) 823 final; Ratsdok. 15294/21

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 55/22
zu Drucksache 55/22
Drucksache 55/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 55/1/22.

28. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Der neue europäische Rahmen für urbane Mobilität
COM(2021) 811 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 48/22
Drucksache 48/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 48/1/22.

29. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die **Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie Wasserstoff**
COM(2021) 803 final; Ratsdok. 15111/21

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 56/22
zu Drucksache 56/22
Drucksache 56/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 56/1/22.

31. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur **Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems** (Chip-Gesetz)
COM(2022) 46 final; Ratsdok. 6170/22

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 59/22
zu Drucksache 59/22
Drucksache 59/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 59/1/22 ohne die Ziffern 7, 12.

32. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien der Union für den **Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes**, zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1153 und der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 1315/2013
COM(2021) 812 final; Ratsdok. 15109/21

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 72/22
zu Drucksache 72/22
Drucksache 72/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 72/1/22 ohne die Ziffer 22.

40. Entschließung des Bundesrates: Dringend erforderliche **Baumaßnahmen im Verkehrsinfrastrukturbereich** beschleunigen - Potentiale bei Vergabe-, Planungs- und Genehmigungsverfahren nutzen

Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen

Geschäftsordnungsantrag des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 118/22

Drucksache 118/1/22

Fortsetzung der Ausschussberatungen.

41. Entschließung des Bundesrates "Stärkung des **Einsatzes von RC-Baustoffen**"

Antrag des Freistaates Bayern

gemäß § 36 Absatz 2 GO BR

Drucksache 139/22

Ausschusszuweisung.

42. Dritte Verordnung zur **Änderung der Direktzahlungen-Durchführungsverordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 140/22

Drucksache 140/1/22

Keine Zustimmung zur Maßgabe gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 140/1/22.

Zustimmung zur unveränderten Verordnung gemäß Ziffer 2.

Zustimmung zur Entschließung gemäß Ziffern 3 bis 6.

45. **Gesetz zur Pandemievorsorge** durch Aufklärung, verpflichtende Impfberatung und Immunisierung der Bevölkerung gegen SARS-CoV-2

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 153/22

Der TOP ist entfallen.

47. Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur vorübergehenden **Befreiung vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels** von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 151/22

Zustimmung zur Verordnung.

Umdruck 3/2022 („Grüne Liste“)

Betr.: 1019. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 8. April 2022, 9.30 Uhr

Zu den Punkten 22, 23, 26, 30, 33 bis 39, 43, 44 und 46 der Tagesordnung der 1019. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 8. April 2022, möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Zu den Vorlagen die Stellungnahmen abzugeben, die in der jeweils zitierten Empfehlungsdrucksache wiedergegeben sind:

22. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den **Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden** der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates
COM(2021) 782 final; Ratsdok. 14205/21

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 35/22
zu Drucksache 35/22
Drucksache 35/1/22²
Ausschussbeteiligung

- EU - In - R -

² EU und R empfehlen Kenntnisnahme.

23. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum **Lernen für ökologische Nachhaltigkeit**
COM(2022) 11 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 13/22
Drucksache 13/1/22³
Ausschussbeteiligung

- EU - AIS - AV -
- FJ - K - U -
- Wi -

26. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur **operativen polizeilichen Zusammenarbeit**
COM(2021) 780 final; Ratsdok. 14665/21

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 4/22
zu Drucksache 4/22
Drucksache 4/1/22⁴
Ausschussbeteiligung

- EU - In - R -

30. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die **Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie für Wasserstoff** (Neufassung)
COM(2021) 804 final; Ratsdok. 15096/21

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 51/22
zu Drucksache 51/22
Drucksache 51/1/22⁵
Ausschussbeteiligung

- EU - AV - U -
- Wi -

³ AIS, AV, FJ, U und Wi empfehlen Kenntnisnahme.

⁴ EU und R empfehlen Kenntnisnahme.

⁵ EU, AV und Wi empfehlen Kenntnisnahme.

II.

Den Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen:

33. Verordnung zur Änderung der **Arzneimittel-Warnhinweisverordnung** und der **Apothekenbetriebsordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 75/22
Ausschussbeteiligung

- G -

34. Verordnung zur Bestimmung von Inhalt, Form und Verfahren von **Datenübermittlungen** zwischen Meldebehörden und einem Verwaltungsportal **zur Erbringung von digitalen Verwaltungsleistungen** und zur Änderung weiterer Vorschriften

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 85/22
Ausschussbeteiligung

- In -

35. Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung von § 14 Absatz 1 des Forschungszulagengesetzes (Erste **Forschungszulagen-Bescheinigungsänderungsverordnung** - 1. FZulBÄV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 76/22
Ausschussbeteiligung

- K - Fz -

36. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Anwendung des Körperschaftsteuerrechts (**Körperschaftsteuer-Richtlinien 2022** - KStR 2022)

gemäß Artikel 108 Absatz 7 GG
Drucksache 87/22
Ausschussbeteiligung

- Fz - AV - Wi -

43. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Verlängerung des Zeitraums für Vereinbarungen zur **wirtschaftlichen Sicherung der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 141/22
Ausschussbeteiligung

- G -

III.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

37. Vorschlag für die Berufung der Mitglieder des **Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit**

gemäß § 377 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3
sowie § 375 Absatz 3, § 377 Absatz 2 und
§ 379 Absatz 2 Nummer 2 SGB III
Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen,
Rheinland-Pfalz,
Sachsen-Anhalt
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 134/22

38. Benennung eines Mitglieds für den **Eisenbahninfrastrukturbeirat**

gemäß § 4 Absatz 4 BEVVG
Antrag des Landes Berlin
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 121/22

44. **Benennung eines Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland"**

gemäß § 7 Absatz 3 HdGStiftG
Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 148/22

IV.

Zu den Verfahren, die in der zitierten Drucksache bezeichnet sind, von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen:

39. **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht**

Drucksache 120/22
Ausschussbeteiligung - R -

V.

Von der Vorlage Kenntnis zu nehmen:

46. **Nationales Reformprogramm 2022**

Geschäftsordnungsantrag des Landes
Nordrhein-Westfalen
Drucksache 152/22
Ausschussbeteiligung - EU -

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr/zust-einspr.htm>.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html> abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html> abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministern, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen.

Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten. Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdruksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdruksache hat in der Regel die Ziffer „1“ in der Drucksachenummerierung eingeschoben. Die Grunddruksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdruksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachenummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter <http://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/br-plenum/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html>.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/dokumente-node.html> abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 1019. Plenarsitzung sind unter <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/1019/download/1019-erlaeuterungen.pdf> abrufbar.

Plenarprotokolle sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenarprotokolle-node.html> abrufbar.